

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder: Verbände und Unternehmen  
in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 10. Juni 2010

## Bessere Bildung ist bezahlbar

Die vor zwei Jahren auf dem Bildungsgipfel beschlossene Erhöhung der Bildungs- und Forschungsausgaben auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis zum Jahr 2015 ist angesichts der prekären Haushaltslage ein sehr ehrgeiziges Ziel. Derzeit beträgt der BIP-Anteil erst 8,6 Prozent. Trotzdem lassen sich sinnvolle Projekte – wie zusätzliche Kitaplätze und Ganztagsgrundschulen – durchaus finanzieren. Ein Großteil der dafür nötigen Mittel in Höhe von rund 7 Milliarden Euro pro Jahr kann aufgebracht werden, indem die im Bildungsbudget demografisch be-

dingt frei werdenden Gelder reinvestiert und nicht gespart werden. So sinken die Ausgaben für allgemeinbildende Schulen um über 3 Milliarden Euro. Ferner werden die jährlichen Kindergeldzahlungen 2015 um knapp 2 Milliarden Euro niedriger ausfallen als heute, da es immer weniger Nachwuchs gibt. Außerdem ließen sich durch eine flächendeckende Einführung von Studiengebühren – 500 Euro pro Semester – zusätzliche private Mittel in Höhe von 1 Milliarde Euro einnehmen. Dabei ist schon berücksichtigt, dass sozial schwache Studenten einen Zuschuss bekommen.

## In dieser Woche

**Unternehmensnachfolge:** Die meisten weiblichen Führungskräfte machen sich frühzeitig Gedanken über ihre Nachfolge. Als potenzielle Kandidaten zieht die Mehrheit dafür die eigenen Kinder in Betracht, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt. Seite 2

**Pharma und Medizintechnik:** Die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie sowie der Medizintechnik haben in den vergangenen Jahren die Wirtschaft in Deutschland gestützt und viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Seite 3

**Branchenkonjunktur:** Im Vergleich zum Herbst 2009 haben sich die Produktionsaussichten für das Jahr 2010 in allen Wirtschaftsbereichen deutlich verbessert. Vor allem der Industriesektor hat kräftig aufgeholt. Seite 4-5

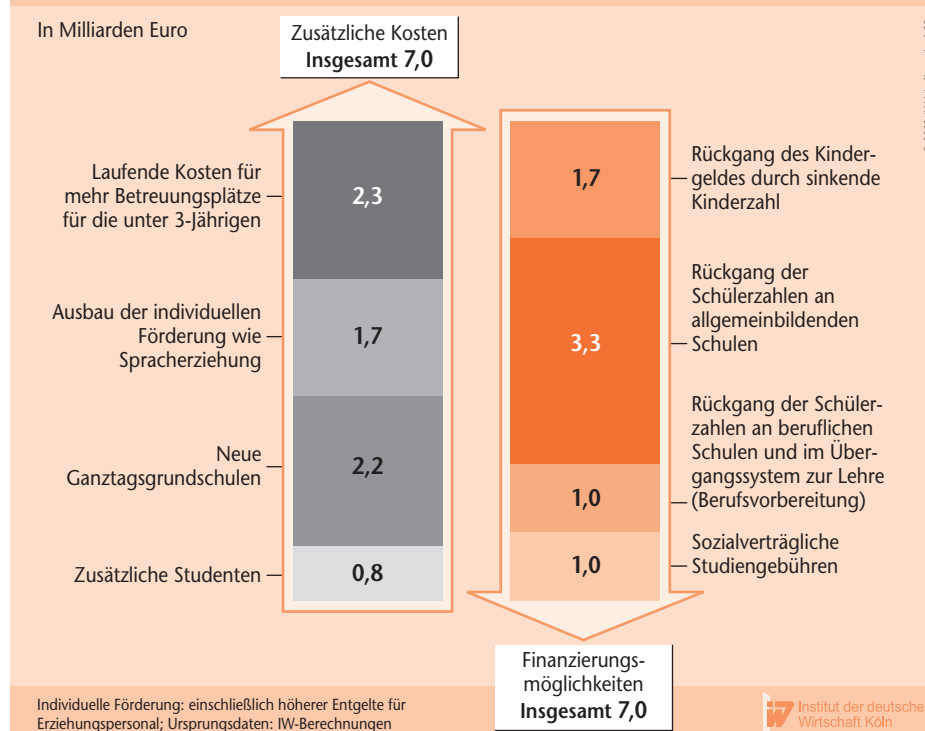
**DGB-Bundeskongress:** Mit seinen Forderungen nach mehr Umverteilung und Mindestlöhnen dürfte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) auch das Ziel verfolgen, neue Anhänger zu gewinnen. Denn dem DGB fehlt der Nachwuchs – nur knapp 8 Prozent der Mitglieder sind jünger als 28 Jahre. Seite 6

**Vermögenssteuer:** Befürworter der Vermögenssteuer verweisen oft auf das Ausland. Doch gerade diese Spezialsteuer spielt im Gegensatz zu anderen vermögensbezogenen Steuern international kaum eine Rolle. Seite 7

**Fußball-WM:** In sportlicher Hinsicht genießt Südafrika bei der anstehenden Fußballweltmeisterschaft einen handfesten Heimvorteil. So kommt ein Land als Gastgeber bei einer WM im Durchschnitt zwei Turnirrunden weiter als bei einer Meisterschaft in der Fremde. Seite 8

### Neue Bildungsausgaben: Die Kompensationsmöglichkeiten

Im Jahr 2015 könnten diese wichtigen zusätzlichen Bildungsausgaben ohne reale Mehrkosten für den Staat finanziert werden, wenn auch Reserven außerhalb des Bildungsbudgets genutzt werden



## Unternehmensnachfolge

## Frauen bevorzugen den eigenen Nachwuchs

Viele Unternehmerinnen haben ihren Posten unvorbereitet oder unerwartet angetreten. Damit das beim nächsten Generationswechsel im Betrieb möglichst nicht noch mal passiert, machen sich die meisten weiblichen Führungskräfte früh Gedanken über ihre Nachfolge. Als potenzielle Kandidaten zieht die Mehrheit dafür die eigenen Kinder in Betracht, wie eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.\*)

Immer noch sind Frauen auf dem Chefsessel in Deutschland eher die Ausnahme denn die Regel. Das hat im Wesentlichen zwei Ursachen: So kommen Frauen bei einer anstehenden Unternehmensnachfolge nur selten zum Zug – von den bestehenden Betrieben etwa werden nur zwischen 10 und 15 Prozent an künftige Chefinnen übergeben. Und auch bei den Gründungen hält sich das weibliche Geschlecht zurück – im Schnitt wird etwa ein Drittel der neuen Firmen von Frauen ins Leben gerufen.

Mittelfristig könnte die Zahl der Unternehmerinnen allerdings steigen, wenn die Firmeninhaber bei der betrieblichen Übergabe verstärkt auf Frauen setzen. Wie Unternehmerinnen dies selbst sehen und wie sie ihre Nachfolge regeln, hat das IW Köln untersucht. Dazu haben die Wirtschaftsforscher knapp 300 Geschäftsführerinnen und Eigentümerinnen befragt, die im Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU) organisiert sind.

Die typische Unternehmerin ist demnach 38 Jahre alt, wenn sie die Verantwortung für einen Betrieb übernimmt – und zwar unabhängig davon, ob sie in einem bereits existierenden Unternehmen als Nachfolgerin einsteigt oder ob sie die Firma selbst gründet. Unterschiede gibt es zwischen Unternehmensgründerinnen und Nachfolgerinnen allerdings hinsichtlich der Branchen, in denen sie tätig sind: Nachfolgerinnen führen eher Betriebe im Produzierenden Gewerbe, während Existenzgründerinnen die unternehmensnahen Dienstleistungen sowie das Kredit- und Versicherungsgewerbe bevorzugen.

Eine Nachfolgeregelung für ihren eigenen Betrieb treffen die Unternehmerinnen im Schnitt mit 62 Jahren, der tatsächliche Generationswechsel findet dann in der Regel vier Jahre später statt. Viele Frauen wünschen sich bei diesem Prozess Unterstützung: Drei Viertel würden aufgrund der Komplexität des Übergabeprozesses Hilfe durch einen Steuerberater in Anspruch nehmen, für die Hälfte käme ein Anwalt in Betracht. Für 40 Prozent wäre ein Unternehmensberater ein geeigneter Begleiter in der Übergabephase.

Doch neben der rechtzeitigen Planung und gründlichen Vorbereitung ist das A und O der Nachfolgeregelung der geeignete Kandidat. Die 111 Unternehmerinnen, die auf diesen Themenkomplex geantwortet haben, ziehen dafür an erster Stelle zu-

nächst die eigenen Kinder in Betracht. Im Detail haben die Chefinnen allerdings recht unterschiedliche Vorstellungen davon, was ihre Nachfolge angeht (Grafik):

**Gründerinnen sähen am liebsten ihre Töchter oder aber eine Führungskraft von außerhalb der Firma auf ihrem Platz. Dagegen planen die meisten Frauen, die einen bereits existierenden Betrieb übernommen haben, ihre Söhne für die Unternehmensnachfolge ein.**

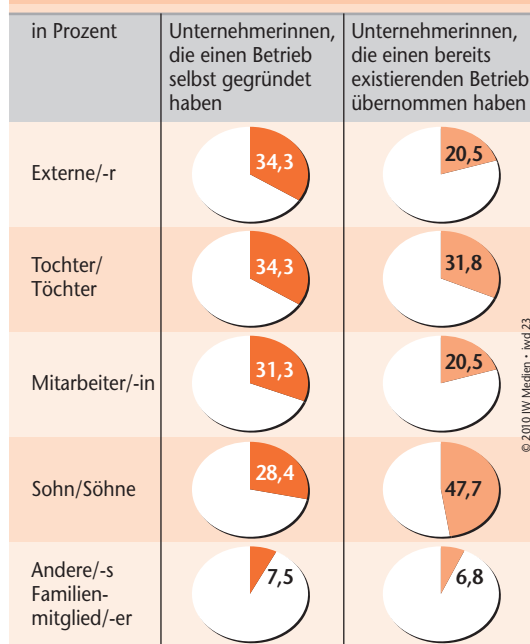
Die schlechtesten Chancen bei der Betriebsübergabe räumen Unternehmerinnen Familienmitgliedern ein, die weder Söhne noch Töchter sind: So beabsichtigen jeweils nur etwa 7 Prozent der Gründerinnen und Nachfolgerinnen, ihre Firma an weiter entfernte Verwandte zu übergeben.

Mit dieser Beschränkung auf den eigenen Nachwuchs begeben sich die Unternehmerinnen auf dünnes Eis für die Suche nach einem künftigen Firmenleiter. Denn anders als früher treten Kinder aus Unternehmerhaushalten nicht mehr zwangsläufig in die beruflichen Fußstapfen der Eltern, sondern gehen lieber eigene Wege. Nach Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung etwa muss in Deutschland Jahr für Jahr in mehr als 70.000 Familienunternehmen die Nachfolge geregelt werden – doch in mehr als der Hälfte der Fälle kann dafür kein Familienmitglied gewonnen werden. Vielfach kommt es deshalb aufgrund mangelnder Übernahmekandidaten zu Betriebschließungen.

Genau das aber wollen die Unternehmerinnen möglichst vermeiden. Im Zentrum der Übergabepaltung steht bei ihnen die Verantwortung für Betrieb und Mitarbeiter. So ist den meisten Chefinnen der Erhalt von Arbeitsplätzen weit wichtiger als die wirtschaftliche Absicherung von Familienangehörigen oder die Fortführung der Firmentradition (vgl. iwd 33/2009).

\*) Vgl. Klaus-Heiner Röhl, Jörg Schmidt: Unternehmensnachfolge durch Frauen, IW-Analysen Nr. 61, Köln 2010, 72 Seiten, 18,90 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: [www.iwmedien.de](http://www.iwmedien.de)

### Unternehmerinnen: Wer soll mich beerben?



Befragung von 111 Mitgliedern des Verbands deutscher Unternehmerinnen im Februar/März 2009; Mehrfachnennungen  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

## Pharmaindustrie und Medizintechnik

**Erfolg braucht den richtigen Rahmen**

Die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie sowie der Medizintechnik haben in den vergangenen Jahren die Wirtschaft in Deutschland gestützt und viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Unter anderem aufgrund der alternden Bevölkerung sind auch die weiteren Perspektiven der beiden Branchen günstig. Allerdings muss die Politik dazu die richtigen Rahmenbedingungen setzen.\*)

Überraschend krisenfest – so lässt sich das Jahr 2009 für die Wirtschaftszweige Pharmazie und Medizintechnik zusammenfassen. Während das Verarbeitende Gewerbe insgesamt einen Umsatzeinbruch um 18,2 Prozent erlitt, verzeichneten die Pharma- und Medizinsparten lediglich ein Minus von 3,1 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten stieg dort sogar nochmals um 0,9 Prozent auf zuletzt rund 278.000, während in der gesamten Industrie 2,8 Prozent der Arbeitsplätze wegfielen.

Auch in den Jahren zuvor wuchsen die beiden Spitzentechnologiebranchen kräftig – unter anderem dank ihrer Forschungsanstrengungen (vgl. iwd 9/2010):

**Von 2003 bis 2008 steigerten die Unternehmen der Pharmaindustrie und der Medizintechnik ihre Bruttowertschöpfung insgesamt um rund 23 Prozent.**

Damit zählt der Wirtschaftszweig deutschlandweit zu den zehn dynamischsten Branchen.

Von dieser Antriebskraft profitieren auch Firmen in anderen Wirtschaftssparten – indem sie einen beachtlichen Teil ihrer Erzeugnisse an die Medizintechnik- und Pharmaunternehmen verkaufen. Dies gilt beispielsweise für Softwarefirmen und Logistikbetriebe. Die enge Zusammenarbeit sichert eine Vielzahl von Arbeitsplätzen – im Jahr 2006 kam auf jeweils zwei Stellen im Pharma- und Medizintechnikbereich ein weiterer Job bei den Vorleistungslieferanten.

Die vier beschäftigungsstärksten Pharma-Regionen in Deutschland sind Baden-Württemberg, Bayern, Nord-

rhein-Westfalen – und Hessen. An den Standorten rund um Frankfurt am Main arbeitete im Jahr 2008 mit rund 34.000 fast jeder achte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der Pharma- und Medizintechnikindustrie. Die hessischen Firmen sind zudem besonders weltmarktorientiert: Sie erzielten zuletzt fast 64 Prozent ihres Umsatzes im Ausland – bundesweit betrug die Exportquote „lediglich“ 59 Prozent.

Die starke Präsenz der pharmazeutischen und medizintechnischen Betriebe in Hessen prägt auch die dortige Industrieregion. So ist der Anteil der Branche am gesamten Umsatz bzw. allen Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes im Rhein-Main-Gebiet mit rund 13 bzw. 10 Prozent etwa dreimal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. In den zurückliegenden Jahren kamen bei den hessischen Herstellern von Arzneimitteln und medizinischen Geräten noch einmal besonders viele Jobs hinzu (Grafik):

**Von 1999 bis 2008 erhöhten die Pharma- und Medizintechnikunternehmen in Hessen die Zahl ihrer Mitarbeiter um 17,5 Prozent – damit war der Zuwachs noch größer als in Deutschland insgesamt (plus 16,7 Prozent).**

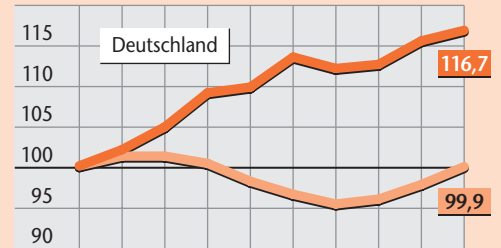
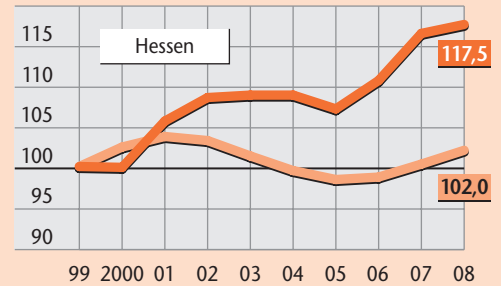
Verglichen mit der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung ist dies beeindruckend. So stieg die Zahl aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen im genannten Zehnjahreszeitraum lediglich um 2 Prozent, bundesweit gab es sogar einen leichten Rückgang.

Auch die Aussichten für die Pharma- und die Medizintechnikbranche sind prinzipiell günstig. Schließlich gehört sie zum Kern der Gesundheitswirtschaft, die Experten als künftiges Zugpferd der Wirtschaft ansehen. Die Firmen profitieren insbesondere davon, dass die Bevölkerung in den Industrieländern immer älter wird und daher der Bedarf an Pro-

**Beschäftigung: Pharmasektor baut auf**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 1999=100

Pharmaindustrie und Medizintechnik  
Wirtschaft insgesamt



© 2010 IW Medien • iwd 23

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

dukten rund ums Thema Gesundheit zunimmt. Zudem bieten die aufstrebenden Volkswirtschaften wie China und Indien große Marktchancen.

Damit die Unternehmen aber trotz der immer härteren Konkurrenz auf den Weltmärkten erfolgreich bleiben können und auch in Deutschland die Produktions- und Absatzperspektiven stimmen, muss die Wirtschaftspolitik mitziehen. Unter anderem gilt es, die gesetzliche Krankenversicherung so umzugestalten, dass auch die unterschiedliche Zahlungsbereitschaft der Versicherten besser genutzt werden kann. Wichtig für den Pharmastandort D wären zudem eine steuerliche Forschungsförderung sowie eine Abgabenpolitik, die die Sozialabgaben im Zaum hält und damit den Bürgern genug finanziellen Spielraum lässt, die benötigten Gesundheitsprodukte und -dienste nachfragen zu können.

\*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult: Bedeutung und Zukunftsperspektive der Pharmaindustrie in Deutschland und Hessen, Studie im Auftrag von HessenChemie, vorgestellt auf den „Wiesbadener Gesprächen zur Sozialpolitik“, siehe auch: [www.wiesbadenergespraeche.de](http://www.wiesbadenergespraeche.de)

## Branchenkonjunktur

## Erholung überall

Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr ihren Erholungskurs fortsetzen. Im Vergleich zum Herbst 2009 haben sich die Produktionsaussichten für das Jahr 2010 in allen Wirtschaftsbereichen deutlich verbessert. Vor allem der Industriesektor hat zuletzt kräftig aufgeholt – hier waren allerdings auch die größten Wertschöpfungseinbußen zu verzeichnen.

Krise war einmal, es geht wieder aufwärts mit der deutschen Wirtschaft – und das schon seit einem Jahr. Allerdings nimmt die Konjunktur nur langsam Fahrt auf. Für das Schnecken-tempo im vierten Quartal 2009 war die verhaltene Inlandsnachfrage verantwortlich. Sowohl die Investitionen als auch die privaten und staatlichen Konsumausgaben blieben unter dem Vorquartalswert. Zudem reduzierten die Unternehmen die aufgebauten Lagerbestände merklich.

Dass es Ende 2009 überhaupt vorwärtsging, war dem kräftig expandierenden Außenbeitrag zu verdanken, also stark steigenden Exporten und rückläufigen Importen. Im ersten Quartal 2010 hingegen kam mehr Bewegung in die Wirtschaft: Lagerbestände wurden aufgestockt, neue Ausrüstungsinvestitionen

getätigt. Private Konsumenten hielten sich allerdings immer noch zurück, der strenge Winter machte der Baubranche zu schaffen, und die Außenwirtschaft gab nicht mehr ganz so starke Impulse.

Im Detail sah es in den großen Wirtschaftssectoren zuletzt folgendermaßen aus (Grafik):

- Die reale Bruttowertschöpfung der **Industrie** stagnierte nahezu im vierten Quartal 2009, nachdem sie sich zuvor bereits deutlich von der schweren Krise erholt hatte. In den ersten drei Monaten des Jahres 2010 kam die Industrie dann wieder gut in Fahrt.
- Die Rezession ist an der **Bauwirtschaft** mehr oder weniger vorbeigegangen, ohne großartige Spuren zu hinterlassen. Der expandierende öffentliche Bau und der stabile Wohnungsbau kom-

pensierten dabei den Produktionsrückgang im Wirtschaftsbau. Lediglich der vergleichsweise strenge Winter hat die Bautätigkeit im ersten Quartal 2010 gebremst.

- Im **Dienstleistungssektor** gab es ebenfalls keine größeren Schwankungen. Nach dem vergleichsweise leichten Rückgang im Winterhalbjahr 2008/2009 berappelte sich die Wertschöpfung der Branche anschließend und konnte in den ersten drei Monaten dieses Jahres in geringem Maße zulegen.

Dass die unterm Strich positiven Signale der vergangenen Monate keine Eintagsfliegen sind, bestätigt die aktuelle Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (vgl. iwd 20/2010). Den Betrieben geht es hierzulande deutlich besser als im Herbst 2009:

**Der IW-Umfrage vom April/Mai 2010 zufolge beurteilen 38 Prozent der deutschen Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage besser als im Vorjahr – im Herbst 2009 lag der Anteil dieser Gruppe nur bei 16 Prozent.**

Nur noch ein Viertel der Firmen spricht derzeit von einer schlechteren wirtschaftlichen Situation; im Herbst 2009 waren es noch 53 Prozent.

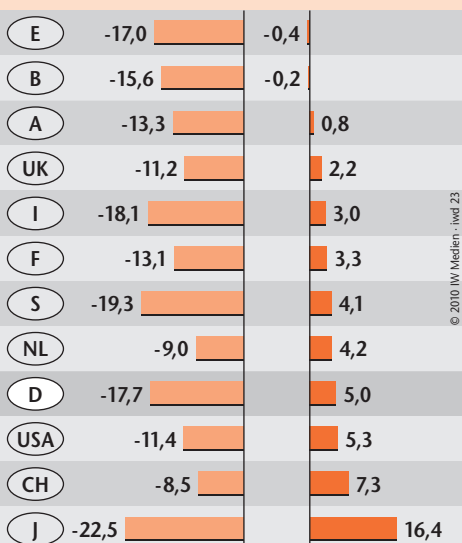
Auch die **Produktionsperspektiven für das Jahr 2010** haben sich seit dem vergangenen Herbst erheblich aufgehellt. Zum einen gehen knapp 47 Prozent der deutschen Unternehmen für 2010 von einer steigenden Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr aus – im Herbst 2009 war nur ein Drittel der Betriebe so optimistisch. Zum anderen erwarten lediglich noch knapp 18 statt 21 Prozent der befragten Unternehmen einen Output-Rückgang in diesem Jahr.

Diese freundlicheren Aussichten zeigten sich durch die Bank in allen Wirtschaftsbereichen (Grafik Seite 5):

### Industrieproduktion: Abwärtstrend gestoppt

Veränderung der Industrieproduktion gegenüber Vorjahr in Prozent

■ 2009 ■ 2010

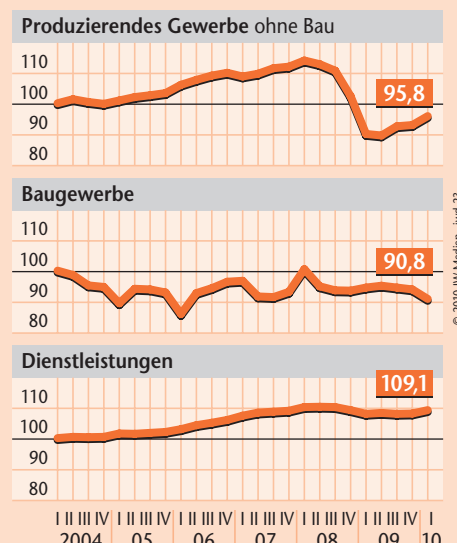


2010: Prognose  
Quellen: OECD, Consensus Forecasts

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

### Branchenkonjunktur: Industrie atmet auf

preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung in Deutschland, 1. Quartal 2004 = 100



Ursprungsdaten:  
Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln



**Industrie:** Mehr als die Hälfte der Industriebetriebe erwartet für 2010 ein Produktionsplus und nur noch 15 Prozent rechnen mit einem Minus. Im Herbst 2009 belief sich der Anteil der optimistisch gestimmten Industrieunternehmen auf gut 40 Prozent und jener der Pessimisten auf mehr als 20 Prozent.

Am rosigsten sehen die Hersteller von Grundstoffen sowie die Konsumgüterfirmen die kommenden Monate. Und selbst von den weniger euphorischen Betrieben, den Investitionsgüterproduzenten, rechnen noch 51 Prozent mit einer steigenden und 21 Prozent mit einer rückläufigen Fertigung in diesem Jahr.

**Bauwirtschaft:** Im Baugewerbe halten sich gute und schlechte Erwartungen die Waage. So geht jeweils rund ein Viertel der Unternehmen von einem Rückgang bzw. einer Zunahme der Produktion in diesem Jahr aus. Aber auch hier herrscht inzwischen eine gelöstere Stimmung als im Herbst 2009, als noch ein Drittel der Betriebe für 2010 eine nachlassende Bautätigkeit befürchtete und lediglich ein Fünftel mehr Aufträge in Sicht glaubte.

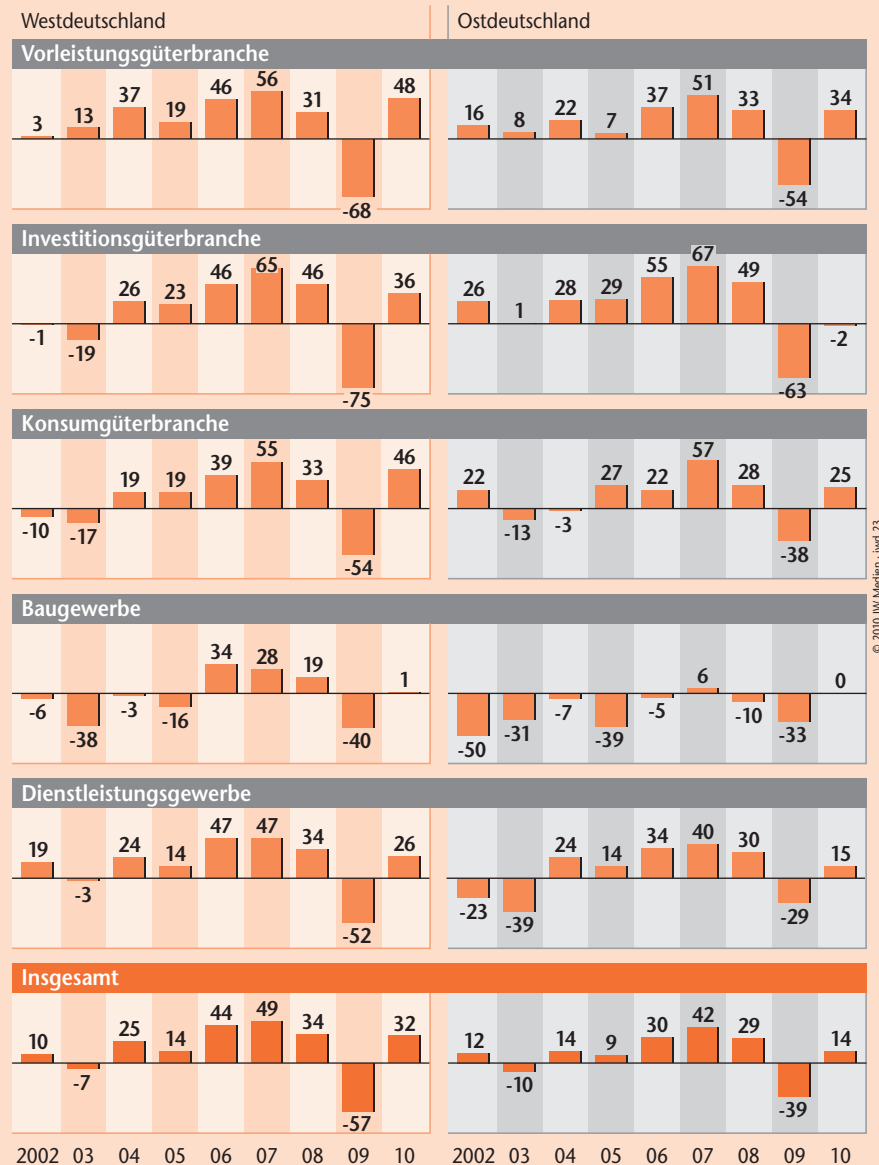
**Dienstleistungen:** Im Dienstleistungsbereich sind wiederum die Optimisten in der Mehrheit. So hat sich der Anteil der zuversichtlich gestimmten Betriebe von knapp 32 Prozent im Herbst 2009 auf gut 43 Prozent im Frühjahr 2010 vergrößert. Der Anteil der Servicebetriebe mit negativer Geschäftserwartung hat sich bei knapp 19 Prozent stabilisiert.

Die bisherige Entwicklung und die weiteren Perspektiven für das Jahr 2010 legen nahe, dass die gesamtwirtschaftliche Erholung hierzulande zu einem großen Teil von der Industrie getragen wird. Freilich hat die globale Wirtschaftskrise diesen Sektor auch am stärksten getroffen – im Jahr 2009 war das Produktionsergebnis um fast 18 Prozent niedriger als im Jahr davor.

Doch dieser Befund ist kein Alleinstellungsmerkmal der deutschen Konjunktur. Auch in vielen anderen etablierten Volkswirtschaften ging es während der Krise mit der Industrie stark bergab, etwa in Schweden, Italien und Spanien (Grafik Seite 4). In Japan sackte die Industrieproduktion sogar um 22,5 Prozent weg. In Fernost zeigt sich für 2010 allerdings auch die größte Erholungsdynamik:

## Konjunktur: Mehr Optimismus

Saldo zwischen positiven und negativen Produktionserwartungen der Unternehmen für das laufende Jahr in Prozentpunkten



Jeweils Frühjahrsumfrage; Quelle: IW-Konjunkturumfrage

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Laut den von Consensus Forecasts befragten Experten wird die Industrieproduktion in Japan in diesem Jahr um über 16 Prozent zulegen. Das wäre ein rund dreimal so starker Anstieg wie in Deutschland und den USA.**

Für die Bundesrepublik gehen die Prognostiker im Durchschnitt von einem 5-prozentigen Plus bei der Industrieproduktion im Jahr 2010 aus. Damit wird zwar ein Stück des vorangegangenen Einbruchs wettgemacht – im Mittel bleibt die Industrieproduktion 2010 aber immer noch um knapp 14 Prozent unter ihrem Höchstwert von 2008. Auch 2011 wird es voraussichtlich nicht gelingen,

diese Lücke zu schließen. Wächst die deutsche Industrieproduktion in den kommenden Jahren um jeweils 5 Prozent, dürfte das Durchschnittsniveau von 2008 ungefähr erst 2013 erreicht werden.

Dieses allmähliche Comeback der Industrie ist gleichwohl nicht überall zu beobachten. In Spanien und Belgien etwa wird die Industrieproduktion noch einmal leicht zurückgehen und somit die gesamtwirtschaftliche Erholung eher bremsen denn antreiben. Dies gilt in abgeschwächter Form ebenso für die Entwicklung der Industrie in Österreich, Großbritannien sowie in Italien.

## DGB-Bundeskongress

# Viele Forderungen an die Politik

**Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Mitte Mai seinen 19. Bundeskongress abhielt, setzt sich für eine stärkere Umverteilung sowie für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde ein. Mit diesen Forderungen dürfte der DGB auch das Ziel verfolgen, neue Anhänger zu gewinnen. Denn dem gewerkschaftlichen Dachverband fehlt der Nachwuchs – nur knapp 8 Prozent der Mitglieder sind jünger als 28 Jahre.**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der als Dachverband acht Einzelgewerkschaften vertritt, agiert vor allem als politisches Sprachrohr. Zu den wichtigsten Terminen des DGB zählt der alle vier Jahre stattfindende Bundeskongress, auf dem der politische Kurs der DGB-Führung abgesteckt sowie der fünfköpfige Vorstand gewählt werden. Das größte Gewicht beim DGB haben derzeit zwei Einzelgewerkschaften (Tabelle):

**Die IG Metall und ver.di stellen mit zusammen 272 Personen rund zwei Drittel der Delegierten auf dem Bundeskongress.**

Dennoch muss die DGB-Führung auch die Interessen der anderen Gewerkschaften berücksichtigen. Auf einen gemeinsamen Kurs hat man sich immerhin beim Thema gesetzlicher Mindestlohn

geeinigt. Außerdem ist es dem DGB-Vorsitzenden Michael Sommer seit 2006 gelungen, das Verhältnis zur Bundesregierung zu verbessern: Zuvor stand der DGB jahrelang wegen der Proteste gegen die Hartz-Reformen im politischen Abseits.

Beim diesjährigen DGB-Bundeskongress hingegen hob Bundeskanzlerin Angela Merkel die ausgewogene Tarifpolitik hervor, die zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaftskrise geführt habe. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen warb sogar ganz offen bei den Gewerkschaften um Unterstützung, um einen branchenspezifischen Mindestlohn für Zeitarbeiter durchzusetzen. Gemessen an der drohenden Alternative, nämlich einer Regulierung der Zeitarbeit, würde ein solcher Weg tatsächlich das kleinere Übel darstellen.

Die Forderungen des DGB gehen jedoch darüber hinaus – das beherrschende Thema des Kongresses war der gesetzliche Mindestlohn: So stimmten die 400 Delegierten dem Antrag zu, die 2006 erhobene Lohnforderung von 7,50 Euro auf 8,50 Euro je Stunde zu erhöhen. Wird dies jedoch umgesetzt, drohen massive Arbeitsplatzverluste – vor allem bei den weniger Qualifizierten. Angela Merkel machte denn auch bereits zum Kongressauftakt deutlich, dass ein Mindest-

lohn für alle Branchen mit ihr nicht zu machen ist, weil er die Tarifautonomie schwächt.

Des Weiteren setzt der DGB auf eine stärkere Umverteilung. Dazu fordert der gewerkschaftliche Dachverband höhere Erbschaftssteuern oder eine Vermögenssteuer sowie eine Steuer auf alle Finanztransaktionen und eine Abkehr von der Rente mit 67 Jahren. Darüber hinaus sprachen sich die Delegierten des Bundeskongresses dafür aus, prekäre Arbeitsverhältnisse, die schlecht bezahlt werden und/oder befristet sind, gesetzlich einzuschränken. Diese Positionen ignorieren allerdings, dass der Arbeitsmarkt Flexibilität braucht und der demografische Wandel eine längere Lebensarbeitszeit erforderlich macht.

Ob der Gewerkschaftsbund seine ambitionierten Ziele erreichen kann, ist daher fraglich. Abzuwarten bleibt auch, ob die Forderungen, wie sicherlich erhofft, als Werbebotschaft für potenzielle neue Anhänger taugen. Schließlich kämpfen die Gewerkschaften seit längerem gegen den Mitgliederschwund. Vor allem beim jungen Nachwuchs sieht es mau aus:

**Insgesamt waren Ende 2009 lediglich knapp 8 Prozent der DGB-Gewerkschafter jünger als 28 Jahre. Bei ver.di, der Bahngewerkschaft Transnet sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft betrug die Jugendquote sogar weniger als 5 Prozent.**

Um sich für die Zukunft aufzustellen, hat sich der DGB auf seinem Kongress allerdings auch um eine organisatorische Verschlinkung bemüht. So gibt es künftig nur noch drei Organisationsebenen: den Bund, die Landesbezirke und die Kreisverbände. Und lediglich auf Bundes- und Länderebene werden DGB-Vertreter hauptamtlich tätig sein. Einige Delegierten befürchten dadurch allerdings einen Rückzug ihrer Organisation aus der Fläche. Unklar ist überdies, ob sich genug ehrenamtliche Mitglieder finden, um vor Ort die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten.

## DGB: Dominantes Duo

	Mitglieder	Männlich	Weiblich	Darunter: Jugendliche	Delegierte auf dem Bundes- kongress
IG Metall	2.263.020	1.861.502	401.518	206.093	139
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di	2.138.200	1.060.915	1.077.285	107.066	133
IG Bergbau, Energie, Chemie	687.111	552.396	134.715	67.825	45
IG Bauen-Agrar-Umwelt	325.421	259.679	65.742	30.544	22
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	258.119	77.422	180.697	12.223	17
Transnet	219.242	171.995	47.247	9.914	16
Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten	204.670	122.223	82.447	19.823	15
Gewerkschaft der Polizei	169.140	131.789	37.351	19.731	13
<b>DGB insgesamt</b>	<b>6.264.923</b>	<b>4.237.921</b>	<b>2.027.002</b>	<b>473.219</b>	<b>400</b>

© 2010 IW Medien · iwd 23

## Vermögenssteuer

## Ein internationales Auslaufmodell

In Deutschland wird wieder darüber diskutiert, die Vermögenssteuer zu reanimieren. Dabei verweisen die Befürworter oft auf das Ausland. Doch im Gegensatz zu anderen vermögensbezogenen Steuern spielt diese Spezialsteuer als Einnahmequelle so gut wie keine Rolle.

In Deutschland wurde die Erhebung der Vermögenssteuer Ende 1996 ausgesetzt. Sie war nicht verfassungskonform, weil sie Kapitalvermögen stärker belastete als Immobilien, deren Wert meist zu niedrig angesetzt war.

Dass die Bundesregierung die Vermögenssteuer auf Eis gelegt hat, rief bereits damals die Kritiker auf den Plan. Angesichts der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise bekommen sie nun neuen Auftrieb. Die Befürworter sehen die Vermögenssteuer als den geeignetsten Weg für eine Umverteilung von oben nach unten.

Dabei argumentieren sie, dass im Ausland wesentlich höhere vermögensbezogene Steuern erhoben werden, ohne dass dies wirtschaftlich schädlich sei. Damit vergleichen die Fürsprecher aber Äpfel mit Birnen. Denn vermögensbezogene Steuern können nicht mit der Vermögenssteuer gleichgesetzt werden. Der Oberbegriff umfasst alle Steuerarten, die am Vermögen andocken. Und dazu gehören z.B. auch die Grundsteuer, die Grunderwerbssteuer oder die Erbschafts- und Schenkungssteuer (Grafik).

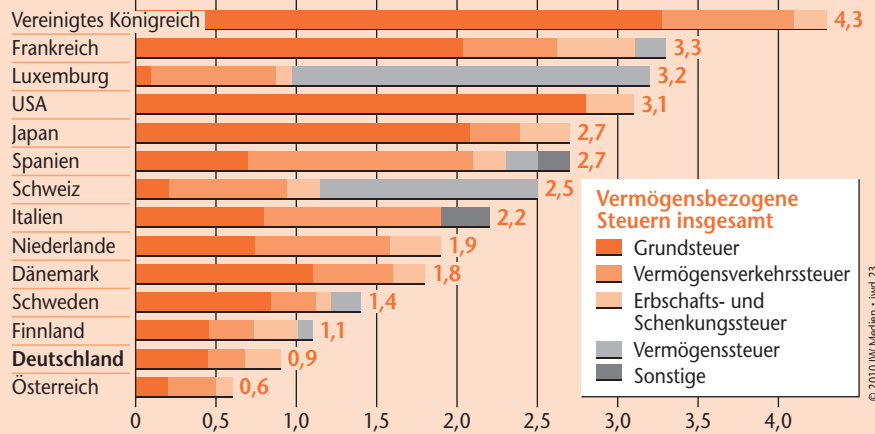
**Die Behauptung, dass der Fiskus im Ausland angeblich mit der Vermögenssteuer Kasse macht, verwundert ohnehin, da unter den EU-15-Staaten nur noch Frankreich diese Steuer erhebt.**

Die mit Abstand höchsten Einnahmen aus der Vermögenssteuer erzielt zwar Luxemburg. Dieses Geld ist aber früheren Jahren zuzurechnen, da auch im Großherzogtum seit 2006 keine allgemeine Vermögenssteuer mehr erhoben wird.

Würde Deutschland aus dem europäischen Trend ausscheren und trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken die Vermögenssteuer wiederbeleben, wäre

## Vermögenssteuern: Keine sprudelnde Quelle

Aufkommen vermögensbezogener Steuern im Schnitt der Jahre 2000 bis 2008 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Niederlande: 2000 bis 2007  
 Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen  
 Wirtschaft Köln

das zum einen mit einem erheblichen Aufwand verbunden und zum anderen finanziell nicht sonderlich lohnenswert:

- Die Bewertung von Vermögen ist sehr arbeitsaufwendig und fehleranfällig, denn für Immobilien und Unternehmen gibt es oft keine Marktwerte. Will man die verfassungsmäßige Vorgabe einhalten, muss man nahe am Verkehrswert ansetzen. Damit steigt automatisch die Gefahr von Überbewertungen. Das gilt insbesondere für Krisenzeiten wie jetzt, in denen auch Vermögenswerte sinken.

- Wenn eine solche Abgabe auch betriebliches Vermögen besteuert, wäre dies ein weiterer Wettbewerbsmalus für deutsche Firmen. Insofern dürfte der Staat bei den Steuersätzen nicht überziehen.

**Würde sich Deutschland bei der Erhebung aber mit einem Aufkommen auf europäischem Durchschnittsniveau bescheiden, kämen jährlich nur 1,2 Milliarden Euro zusammen.**

Die Alternative, hierzulande an anderen vermögensbezogenen Steuerschrauben zu drehen, ist bei näherem Hinsehen ebenfalls keine:

**Grundsteuer.** Steuern auf Grundeigentum sind in Großbritannien mit 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts eine durchaus respektable Steuerquelle. Auch

in anderen angelsächsischen Ländern, z.B. den USA und Kanada, ist das Grundsteueraufkommen sehr hoch. Dort leistet die Grundsteuer einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung kommunaler Leistungen; in Deutschland werden dagegen für solche Leistungen – wie die Straßenreinigung – Gebühren kassiert. Insofern unterzeichnet die internationale Statistik die Belastung hierzulande.

Eine Anhebung dieser Steuer wäre zudem für Umverteilungszwecke gänzlich ungeeignet: Der deutsche Fiskus würde zwar zusätzliche Steuereinnahmen kassieren – die Zahlungen müssten aber nicht nur „Reiche“ leisten. Denn Vermieter dürfen die Grundsteuer auf Mieter umlegen.

**Vermögensverkehrssteuer.** Eine Börsenumsatzsteuer beispielsweise, die der Käufer von Finanzprodukten wie Aktien bezahlen muss, gibt es nur in Großbritannien – und auch dort nur mit sehr vielen Ausnahmen. Hierzulande spielt die Regierung mit dem Gedanken, sie einzuführen. Alleingänge allerdings sind problematisch, weil Anleger dann einen Bogen um die deutschen Börsen machen.

**Erbschaftssteuer.** Sie spielt fast überall eine eher geringe Rolle, weil man weder Unternehmenserben noch „Omas Häuschen“ übermäßig belasten will.

## Fußball-WM

## Bessere Chancen für Gastgeber

In sportlicher Hinsicht genießt Südafrika bei der anstehenden Fußballweltmeisterschaft einen handfesten Heimvorteil. So kommt ein Land als Gastgeber einer WM im Durchschnitt zwei Turnierrunden weiter als bei einer Meisterschaft in der Fremde. Nutzt Südafrika diesen Vorteil, winken der Mannschaft und dem Verband stolze 12 Millionen Euro an Prämien.

Die bisherige WM-Bilanz von Südafrika ist ernüchternd: Lediglich 1998 und 2002 konnte sich die Nationalmannschaft für die Weltmeisterschaft qualifizieren, schied dort aber bereits jeweils in der Vorrunde aus. Zwischen 1966 und 1990 durften die Kicker noch nicht einmal an der Qualifikation für internationale Turniere teilnehmen – Südafrika wurde wegen seiner Politik der Apartheid boykottiert.

Den bislang einzigen internationalen Titel holte die „Bafana Bafana“ genannte Nationalmannschaft jedoch als Afrikameister 1996 – vor eigenem Publikum. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass ein derartiger Heimvorteil auch bei Fußballweltmeisterschaften besteht. So triumphierte bei immerhin jeder dritten WM das Gastgeberland (Grafik).

**Im Durchschnitt kommt der Ausrichter einer Fußballweltmeisterschaft 2,4 Turnierrunden weiter, als wenn er bei einer WM auswärts antritt.**

Für Adressaufkleber

## Fußball-WM: Klarer Heimvorteil

Abschneiden der Gastgeberländer

0 = nicht qualifiziert/teilgenommen; 1 = letzte 32 Teams; 2 = letzte 16 Teams; 3 = letzte 8 Teams; 4 = letzte 4 Teams; 5 = Finale; 6 = Weltmeister

		Bei der WM im eigenen Land	Im Durchschnitt der anderen Weltmeisterschaften	Heimvorteil in Turnierrunden
1930	Uruguay	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 6	⚽⚽ 1,5	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 4,5
1934	Italien	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 6	⚽⚽⚽ 3,1	⚽⚽⚽ 2,9
1938	Frankreich	⚽⚽⚽ 3	⚽⚽ 1,7	⚽⚽ 1,3
1950	Brasilien	⚽⚽⚽⚽⚽ 5	⚽⚽⚽⚽ 3,9	⚽⚽ 1,1
1954	Schweiz	⚽⚽⚽ 3	⚽ 0,9	⚽⚽⚽ 2,1
1958	Schweden	⚽⚽⚽⚽⚽ 5	⚽⚽ 1,6	⚽⚽⚽⚽ 3,4
1962	Chile	⚽⚽⚽⚽ 4	⚽ 0,6	⚽⚽⚽⚽ 3,4
1966	England	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 6	⚽⚽ 1,7	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 4,3
1970	Mexiko	⚽⚽⚽ 3	⚽⚽ 1,3	⚽⚽ 1,7
1974	<b>Deutschland</b>	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 6	⚽⚽⚽⚽ 3,6	⚽⚽⚽ 2,4
1978	Argentinien	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 6	⚽⚽⚽ 2,3	⚽⚽⚽⚽⚽ 3,7
1982	Spanien	⚽⚽ 2	⚽⚽ 1,7	⚽ 0,3
1986	Mexiko	⚽⚽⚽ 3	⚽⚽ 1,3	⚽⚽ 1,7
1990	Italien	⚽⚽⚽⚽⚽ 4	⚽⚽⚽⚽ 3,1	⚽⚽ 0,9
1994	USA	⚽⚽ 2	⚽ 0,8	⚽⚽ 1,2
1998	Frankreich	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 6	⚽⚽ 1,7	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 4,3
2002	Japan	⚽⚽ 2	⚽ 0,2	⚽⚽ 1,8
2002	Südkorea	⚽⚽⚽⚽ 4	⚽ 0,2	⚽⚽⚽⚽⚽⚽ 3,8
2006	<b>Deutschland</b>	⚽⚽⚽⚽ 4	⚽⚽⚽⚽ 3,6	⚽ 0,4

Ursprungsdaten: FIFA

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Die mit mehr als vier Turnierrunden höchste Ausbeute erzielten Uruguay (1930), England (1966) und Frankreich (1998). Aber auch traditionell erfolgreiche WM-Teilnehmer wie Brasilien, Deutschland und Italien schnitten bei einer WM im eigenen Land noch besser als sonst ab.

Anderorts mussten besonders die auf heimischem Rasen siegreichen Nationen wie England und Frankreich oft bereits früh die Taschen packen: Sowohl das Mutterland des Fußballs als auch Frankreich schieden im Schnitt nach 1,7 Runden aus, schafften es also in der Regel nur mit Mühe unter die letzten 16 Teams.

Der Heimvorteil des Gastgebers beruht auf mehreren Faktoren: Das Land braucht sich nicht zu qualifizieren, sondern nimmt automatisch teil. Davon profitieren besonders jene Teams, denen ansonsten schon vor der eigentlichen Meisterschaft das Aus gedroht hätte. Der zweite Vorteil: Das Gastgeberland ist seit

der WM 1962 als Gruppenkopf gesetzt und bekommt in der Folge vermeintlich leichtere Gruppengegner zugelost. Das erhöht die Chancen, sich erfolgreich durchs Turnier zu kicken. Ein weiteres Plus mag – laut Studien von englischen Vereinen – darin liegen, dass Schiedsrichter insbesondere in vollen Arenen identische Spielsituationen eher zugunsten des Heimteams pfeifen.

Auch finanziell würde der Heimvorteil sich für Südafrika bezahlt machen. So garantiert der Einzug ins Viertelfinale 12 Millionen Euro an Prämien seitens des Weltfußballverbands FIFA. Der neue Weltmeister kassiert sogar stattliche 20,5 Millionen Euro.

Der Weg zum Cup ist allerdings sehr steinig: Südafrika hat es in der Vorrunde mit Frankreich, Mexiko und Uruguay zu tun – gemessen an der FIFA-Weltrangliste sind das die schwersten Vorrundengegner aller Gruppenkopf-Länder.